

INSPIRATIONEN/INFORMATIONEN

nachgeschlagen

Der Wanderungssaldo zwischen Deutschland und dem Ausland hat im Jahr 2015 den historischen Rekordwert von 1,25 Millionen erreicht. Allein in den vergangenen fünf Jahren ist die ausländische Bevölkerung um etwa drei Millionen Menschen auf nun 9,5 Millionen angewachsen. Die größte ausländische Minderheit hierzulande stellen die Türken. Danach folgen in dieser Reihenfolge Polen, Italiener, Syrer und Rumänen.



DEUTLICH VERSTÄRKT ASYLMIGRATION SEIT DEM JAHR 2014

Auf dem Weg zum Einwanderungsland?

Aus unserer Serie zu Statistiken mit kommunalem Bezug

Mit seiner zentralen Lage inmitten Europas ist Deutschland seit Jahrhunderten Ziel-, Durch- und Ausgangsland von Migranten. So wanderten im zehnten und elften Jahrhundert jüdische Kaufleute in die Städte des Mittelrheintals, weiter bis nach Magdeburg und in den Osten des Deutschen Reiches. Mit dem Edikt von Potsdam wurde den in Frankreich verfolgten Protestanten eine freie und sichere Niederlassung im Kurfürstentum Brandenburg angeboten. Als die Religionsfreiheit auch in Böhmen endete, fanden etliche tschechische Siedler eine neue Heimstatt in Preußen. Die Industrialisierung hatte zwei Effekte. Zum einen wanderten hunderttausende Deutsche nach Übersee aus, zum anderen zog es unzählige polnische Arbeiter in die neu entstehenden Industriezentren des Ruhrgebiets. Nach dem Zweiten Weltkrieg mussten die Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten integriert werden. Mitte der 1950er begann dann die Anwerbung von Gastarbeitern aus dem Süden Europas, dem Norden Afrikas und aus Kleinasien. Diese Einwanderung prägt das Land bis heute und hat zu einer erheblichen Heterogenisierung des Staatsvolkes beigetragen. Nach der Deutschen Wiedervereinigung kamen hunderttausende deutsche und jüdische Aussiedler aus dem Osten Europas und der ehemaligen Sowjetunion. Die Balkankriege sorgten in den 1990er Jahren für eine verstärkte Asyleinwanderung. Und nun sind es die Krisen im muslimisch geprägten Kulturraum sowie das erhebliche Wohlstandgefälle, welches wieder hunderttausende Menschen zu einer Einwanderung nach Deutschland motiviert. 2015 war bei weitem ein Rekordjahr. Noch nie sind so viele Menschen in kürzester Zeit in unser Land gekommen. Diese Entwicklung ist mit enormen Herausforderungen verbunden und hat schon jetzt zu einer schmerzhaften Spaltung im politischen Diskurs geführt. Einwanderung und Integration sind in erster Linie kommunale Themen, sodass wir auch an dieser Stelle darauf eingehen wollen. Lesen Sie im Folgenden einen Überblick zu den Entwicklungen der Asyleinwanderung der jüngsten Zeit.

Deutschland soll Deutschland bleiben, verspricht die Kanzlerin. Dabei kommt ihr der Umstand zu Hilfe, dass niemand so genau weiß, was Deutschland ist. Beständig ist nur der Wandel. Mit diesen Veränderungsprozessen scheint auch der Zwang einherzugehen, sich als Nation immer wieder aufs Neue definieren zu müssen. Und so bestimmen die Fragen nach der Identität, nach kulturellen Leitmotiven oder nach der Zugehörigkeit einzelner Religionen seit Jahrzehnten die politische Debatte. Im Zentrum stehen das Konzept der Leitkultur und die Frage, ob die Bundesrepublik nun ein Einwanderungsland ist oder nicht. Man kann darüber streiten, wie sinnvoll es ist, sich gegenüber einem Ein-Wort-Attribut zu positionieren. Einerseits mangelt es an der nötigen Differenzierung, andererseits könnte

ein Bekenntnis zur Vielfalt dabei helfen, das Miteinander der Kulturen besser zu organisieren und für Offenheit zu werben. Letztlich kommt es auf den Bezugsrahmen an. So ist Deutschland heute deutlich heterogener als noch im 19. Jahrhundert. Seit etwas mehr als 50 Jahren wandern kontinuierlich per anno tausende Menschen ein. Die Gesellschaft hat sich spürbar vervielfältigt.

Heute nimmt die Bundesrepublik in puncto Diversität einen Platz im Mittelfeld der entwickelten Industrienationen ein – deutlich heterogener als etwa die ostasiatischen Industrienationen, aber noch immer geprägt von einer dominanten Mehrheitskultur. So sind die klassischen Einwanderungsgesellschaften Neuseelands, Australiens, Kanadas, Brasiliens, Argentiniens, Südafrikas oder der Vereinigten Staaten zu

wesentlichen Teilen erst durch Migration entstanden. Teil dieser sehr schmerzvollen Geschichte war nicht selten die nahezu vollständige Marginalisierung der indigenen Bevölkerung. All die genannten Länder sind bis heute signifikant europäisch geprägt, von Auswanderern aus Frankreich, Spanien, Portugal, Italien, Irland, Russland, Großbritannien, den Niederlanden oder Deutschland, die mit oft unbarmherziger Brutalität diejenigen vertrieben haben, die vorher da waren.

Europäische Gesellschaften wie Frankreich, das Vereinigte Königreich, die Niederlande, Spanien oder Portugal beziehen ihre Diversität zum heutigen Tage in nicht unerheblichem Maße aus den alten Kolonien. Auch dieser Aspekt einer Rückwanderung ins europäische Mutterland spielt für Deutschland nur eine untergeordnete Rolle.

Also ja – Deutschland wird immer mehr zum Einwanderungsland und dennoch ist die deutsche Kultur seit mehr als einem Jahrtausend fest mit dem Landstrich zwischen Alpen, Nord- und Ostsee verwachsen. Über die Konsequenzen, die aus diesem ambivalenten Status zu ziehen sind, wird noch zu streiten sein, klar ist aber auch, dass die Tendenz mittelfristig in Richtung einer wachsenden Vielfalt weist. Die Kommunen stehen in der Verantwortung, das Zusammenleben zu organisieren. Dazu gehört auch die Integration von neu hinzugekommenen Menschen in bestehende Strukturen. Spätestens seit den 1980er Jahren ist endlich auch von der Politik erkannt worden, dass die ehemaligen Gastarbeiter und ihre Familien in Deutschland bleiben wollen und werden und spätestens seitdem wird intensiv darüber debattiert, ob und wie andere kulturelle Hintergründe die deutsche Gesellschaft bereichern können.

Sarrazins Thesen äußerten schon vor der großen Flüchtlingskrise grundlegende Zweifel an der Integrationsfähigkeit der in Deutschland lebenden Muslime. Die öffentliche Resonanz war genauso erheblich wie die Verkaufszahlen. Mit der Flüchtlingskrise des vergangenen Jahres, den islamistischen Anschlägen in Frankreich, Belgien und der Türkei sowie den sexuellen Übergriffen in Köln und anderen Städten hat sich der Streit deutlich intensiviert. Deutschland ist gespalten zwischen denjenigen, die Flüchtlingen und Asylbewerbern bedingungslos offen gegenüber stehen

und jenen, die humanistische Werte oder auch althergebrachte Traditionen in Gefahr sehen, die die kulturellen Differenzen zwischen dem muslimisch geprägten Raum und Mitteleuropa für unüberbrückbar halten.

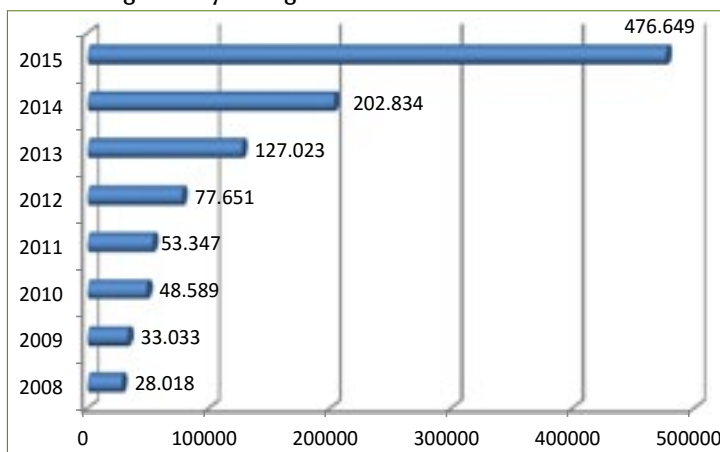
Einwanderung über Asyl

Während vorherige Migrationswellen geprägt waren von Gastarbeiteranwerbung, Fachkräftemigration und Rückiedlung erhielt die Einwanderung über das Asylgesetz seit den 1990er Jahren eine besondere Relevanz. Von 1990 bis Ende 2014 haben 2,757 Millionen Menschen in Deutschland um Asyl nachgesucht. Bis zum Ende der 1990er Jahre stammte der größte Teil

der Asylbewerber aus Europa. Dies schließt die Türkei und die UdSSR-Nachfolgestaaten mit ein.

Seit 2000 wurden mit Ausnahme des Jahres 2013 mehr Anträge aus asiatischen Herkunftsstaaten als aus europäischen verzeichnet. 2014 stammten 30,8 Prozent aller Antragsteller aus Europa und 43,6 Prozent aus Asien. Angestiegen ist erneut der Anteil von Asylbewerbern aus Afrika. Dieser betrug 2014 22,7 Prozent. Von 1993 bis 2007 ließ sich ein fast kontinuierliches Absinken der Erstantragszahlen feststellen. Von einem relativ niedrigen Niveau ausgehend, steigt die Zahl der Asylbewerber seitdem wieder kontinuierlich an. Im Jahr 2014 hat sich die Zahl der Erstanträge mit 173.072 Personen gegenüber dem Vorjahr um 57,9 Prozent erhöht. Nachdem bereits von 2011 auf 2012 ein Zuwachs um 41,1 Prozent sowie von 2012 auf 2013 um 69,8 Prozent zu verzeichnen war, wurde im vergangenen Jahr 2015 ein absoluter Höhepunkt erreicht. Selbst mit den annähernd 500.000 im vergangenen Jahr gestellten Asylerstanträgen wäre der ohnehin schon hohe Wert aus 2014 verdoppelt worden. Tatsächlich war die Zahl der über das Asylverfahren nach Deutschland gekommenen Menschen deutlich höher. Im EASY-System wurden mehr als eine Million Registrierungen gezählt.

Entwicklung der Asylanträge zwischen 2008 und 2015

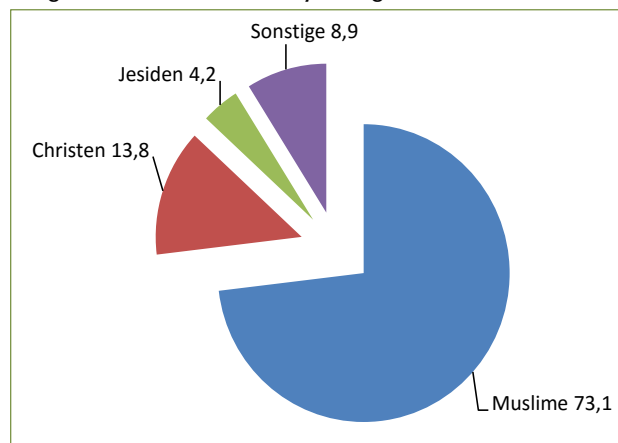


Hauptherkunftsland war Syrien mit 37 Prozent der Registrierungen. Danach folgten Afghanistan (13 Prozent) und der Irak (elf Prozent). Die Balkanstaaten Albanien, Mazedonien, Kosovo, Bosnien-Herzegowina und Serbien rangieren auf den folgenden Plätzen. Die Zahl der Antragsteller ist mit der Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten deutlich zurückgegangen. Mehr als die Hälfte der Asylsuchenden war unter 25 Jahren und etwa drei Viertel männlich. Der Anteil der

männlichen Antragsteller überwiegt in allen Altersgruppen unter 65 Jahren, lediglich bei den vergleichsweise sehr wenigen Über65jährigen ist der Anteil von Frauen größer. Hinsichtlich der Hauptherkunftsländer des Jahres 2015 bewegt sich der Frauenanteil bei den Asylanträgen zwischen 7,3 Prozent (Pakistan) und 49,0 Prozent (Serbien).

73,1 Prozent der Asylbewerber gehören dem Islam an. An zweiter Stelle folgen die Christen mit 13,8 Prozent. Jesiden liegen mit 4,2 Prozent an dritter Stelle. Bei etwa acht Prozent der Asylbewerber des vergangenen Jahres konnte keine Religion zugeordnet werden.

Religiöses Bekenntnis der Asylantragsteller 2015 – in Prozent



Auch 2014 war Syrien das Hauptherkunftsland von Asylantragstellern. Der Anteil lag jedoch nur bei 22,7 Prozent. Schon im Vergleich zwischen 2013 und 2014 stieg die Zahl der Erstanträge von syrischen Asylbewerbern um 164,2 Prozent. Ein Vergleich zwischen 2014 und 2015 hinkt deshalb, weil im vergangenen Jahr längst nicht alle Asylsuchenden einen Antrag stellen konnten. 2014 war Serbien das zweitstärkste Herkunftsland. An Nummer drei folgte Eritrea. Bei einer Betrachtung des Fünf-Jahres-Zeitraums von 2010 bis 2014 zeigt sich hinsichtlich der Herkunftsstruktur, dass aus Syrien mit 14,2 Prozent die meisten Asylbewerber stammten, gefolgt von Serbien mit 10,7 Prozent, Afghanistan mit 8,8 Prozent und dem Irak mit sechs Prozent. Seit der Einstufung des gesamten Balkans als sicheres Herkunftsgebiet hat sich das Herkunftsschema deutlich auf den Nahen und Mittleren Osten verengt.

Unter den Hauptherkunftsländern lassen sich deutliche Unterschiede in der Geschlechtsstruktur der Asylbewerber erkennen. Während der Anteil von Frauen und Mädchen im Jahr 2014 bei mazedonischen (49,1 Prozent), serbischen (48,6 Prozent), bosnischen (46,6 Prozent), albanischen (43,6 Prozent), kosovarischen (43,4 Prozent) sowie irakischen (42,3 Prozent) Asylbewerbern über dem Durchschnitt lag, betrug er bei eritreischen Antragstellern nur 20,3 Prozent.

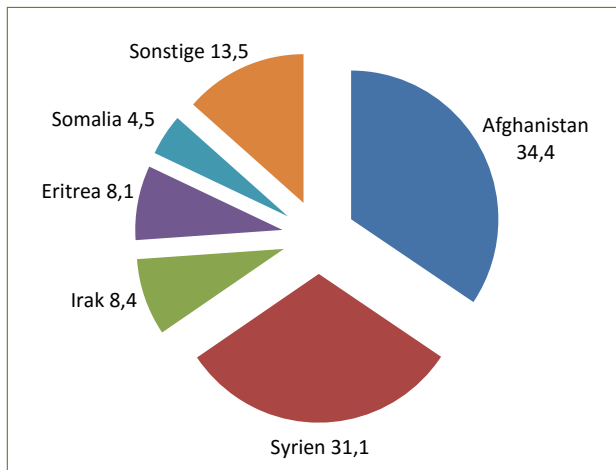
Unbegleitete minderjährige Asylantragsteller

Im Jahr 2015 haben 14.439 unbegleitete Minderjährige in Deutschland einen Asylantrag gestellt. Darunter waren 4.143 Personen (28,7 Prozent) unter 16 Jahren und 10.296 Personen (71,3 Prozent) im Alter von 16 bis unter 18 Jahren. 2014 waren es noch 4.399 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge insgesamt.

Die meisten unbegleiteten Minderjährigen stellten ihren Asylantrag im Freistaat Bayern, gefolgt von Nordrhein-Westfalen und Hessen.

Mit 34,4 Prozent kamen ein Drittel der unbegleiteten Minderjährigen aus Afghanistan, gefolgt von Syrien (31,1 Prozent) sowie Eritrea und dem Irak (jeweils acht Prozent). Mehr als vier Fünftel der Jugendlichen (81,5 Prozent) stammten aus diesen vier Herkunftsländern.

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nach Hauptherkunftsstaaten im Jahr 2015 – in Prozent



Die zehn zugangsstärksten Herkunftsländer (Erstanträge) von 2006 bis 2015

Veränderungen in der Zusammensetzung der Herkunftsländer sind Ausdruck politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Verhältnisse. Während zwischen 1986 und 1994 europäische Staaten wie vor allem Polen, Ungarn, Rumänien und Bulgarien zu den Hauptherkunftsländern zählten, spielen sie seitdem eine untergeordnete Rolle. Die damaligen Hauptherkunftsländer sind inzwischen Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Im Anschluss dominierten einige Westbalkanstaaten, wie Albanien, Kosovo, Serbien und Mazedonien. Die Türkei gehörte durchgängig von 1986 bis 2011 zu den Hauptherkunftsländern, die Russische Föderation von 2000 bis 2013.

Unter den afrikanischen Staaten zählten in den Jahren 1986 bis 1996 Algerien, Ghana, Nigeria, Togo und die Demokratische Republik

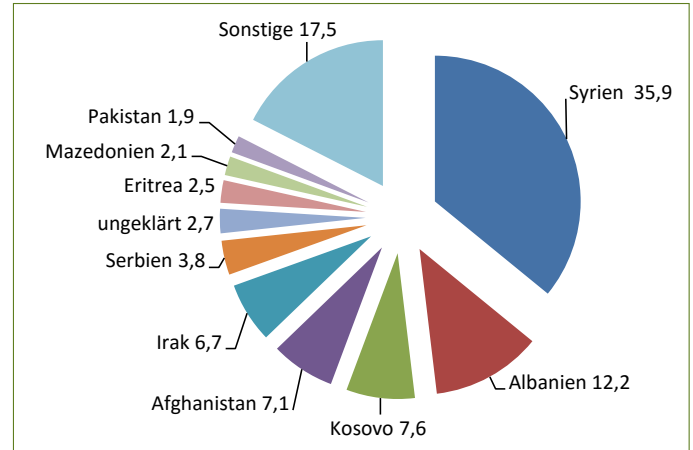
Kongo (ehemals Zaire) mindestens einmal dazu – Nigeria war in den Jahren 2004 bis 2009 durchgängig vertreten, nach 2010 war Somalia auch 2013 und 2014 in der Liste zu finden, Eritrea kontinuierlich seit Mitte der 1980er Jahre Afghanistan, der Iran und ab 1995 auch der Irak fast ständig unter den Hauptherkunftsländern. Seit 1998 zählt Syrien ebenfalls dazu. Vietnam war von 1998 bis 2009 in der Liste.

82,3 Prozent der Erstantragsteller des Jahres 2015 stammen aus den zehn Hauptherkunftsländern. Vier davon sind asiatische Staaten, weitere vier europäisch. Mit Eritrea ist ein afrikanischer Staat in der Liste. Die Zusammensetzung der zehn zugangsstärksten Herkunftsländer hat sich im Vergleich zum Jahr 2014 nicht wesentlich verändert. Die Herkunftsländer Bosnien und Herzegowina sowie Somalia sind im Gegensatz zum Vorjahr nicht mehr enthalten, stattdessen gehört Pakistan wieder dazu. Ansonsten sind

alle Top-Ten-Länder des Jahres 2014 auch in den Top-Ten des vergangenen Jahres vertreten, wenngleich in unterschiedlicher Reihung.

Wie bereits im Vorjahr belegte Syrien auch 2015 den ersten Rang, gefolgt von Albanien (Vorjahr Rang 5) und dem Kosovo (Vorjahr Rang 6). Den höchsten Zuwachs verzeichnete Albanien (+584,1 Prozent), danach der Irak (+457,2 Prozent), Kosovo (+383,9 Prozent) und Syrien (+303,4 Prozent). Aus den sechs Balkanländern Serbien, Mazedonien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro sowie Albanien kam 2015 mehr als ein Viertel aller Erstantragsteller (120.882; 27,4 Prozent). Der Anteil der zehn Hauptherkunftsländer an der Gesamtzahl der Asylanträge erreichte 2006 den bislang niedrigsten Wert von 55,3 Prozent und stieg im weiteren Verlauf auf einen zwischenzeitlichen Höchstwert von 72,8 Prozent im Jahr 2012. 2015 wurde mit einem Anteil von 82,3 Prozent ein neuer Rekordwert erreicht.

Hauptherkunftsstaaten 2015



Klageverfahren

Es zeigen sich gravierende Unterschiede bei der Beklagung der Entscheidungen über Asylanträge. Je nach Herkunftsland werden zwischen 2,8 Prozent (Syrien) und 46,1 Prozent (Kosovo) juristisch angefochten. Insgesamt wurden 16,1 Prozent der Entscheidungen auf dem Rechtsweg überprüft. 2014 waren es noch 40,2 Prozent. Der Anteil der beklagten Entscheidungen über Erstanträge ist mit 15,4 Prozent um sieben Prozentpunkte geringer als der Anteil der beklagten Entscheidungen über Folgeanträge.

Werden nur die abgelehnten Erst- und Folgeanträge betrachtet, ergibt sich eine Anfechtungsquote von 31,9 Prozent. 2015 wurden seitens der Verwaltungsgerichte, Oberverwaltungsgerichte bzw. Verwaltungsgerichtshöfe sowie dem Bundesverwaltungsgericht insgesamt 66.648 Entscheidungen getroffen. Diese Gesamtzahl setzt sich wie folgt zusammen:

- 62.592 erstinstanzliche Urteile (95,2 Prozent)
- 2.859 Entscheidungen über Anträge auf Zulassung der Berufung (4,4 Prozent)
- 227 Urteile in Berufungsverfahren (0,3 Prozent),
- 32 Entscheidungen in Nichtzulassungsbeschwerdeverfahren (0,05 Prozent),
- neun Urteile in Revisionsverfahren (0,01 Prozent).

Bei allen Gerichtsentscheidungen überwogen im Jahr 2015 die Entscheidungen über Asylanträge. Die Anteile lagen zwischen 83 und 89 Prozent.

Ende 2015 waren insgesamt 58.974 Asylgerichtsverfahren bei den zuständigen Gerichten anhängig. Darunter fielen beklagte Entscheidungen zu Erst- und Folgeantragsverfahren, Wiederrufprüfverfahren sowie zu Wiederaufgreifanträgen.

Entscheidungen und Entscheidungsquoten der letzten zehn Jahre

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat in den vergangenen zehn Jahren über Asylanträge von circa 755.000 Personen entschieden, wovon rund 266.000 Personen Schutz als Asylberechtigter, als Flüchtling, als subsidiär Schutzbefürchteter oder in Form eines Abschiebungsverbot

gewährt wurde. Im Betrachtungszeitraum ist bis zum Jahr 2008 zunächst ein Rückgang der Entscheidungszahlen – in Abhängigkeit zur Rückläufigkeit der Zugangszahlen – zu verzeichnen. Seither zeigt sich wieder ein Anstieg. Nach etwa 129.000 Personen im Jahr 2014 wurde im Jahr 2015 über circa 283.000 Personen entschieden.

Die Gesamtschutzquote berechnet sich aus der Anzahl der Asylanerkennungen, der Flüchtlingsanerkennungen, der Gewährungen von subsidiärem Schutz und der Feststellungen eines Abschiebungsverbotes bezogen auf die Gesamtzahl der Entscheidungen im betreffenden Zeitraum. Die Entwicklung der Schutzquote wird allgemein von verschiedenen Faktoren beeinflusst:

1. Sie ist zu einem wesentlichen Teil abhängig von den Fällen, die vom Bundesamt im Betrachtungszeitraum entschieden werden konnten.
2. Bei einer bestehenden bzw. ergangenen Aussetzung von Entscheidungen handelt es sich nicht um ein Steuerungsinstrument des Bundesamtes, sondern um eine Reaktion auf die Situation in den betreffenden Herkunftsländern.
3. Darüber hinaus nehmen auch gesellschaftspolitische Änderungen im Herkunftsland der Antragsteller Einfluss auf die Schutzquote, so z. B. die sich langsam bessernde medizinische Versorgung eines Landes oder der Zusammenbruch einer staatlichen Herrschaft.
4. Die Auswertung neuer Erkenntnisse von anderen Institutionen (Auswärtiges Amt, UNHCR, usw.) kann ebenfalls zur Änderung der Spruchpraxis und damit der Schutzquote führen.

Die Gesamtschutzquote lag 2015 bei 49,8 Prozent. Dies ist der höchste Wert, der überhaupt je erreicht worden ist. Die Ausweitung der sicheren Herkunftsländer und die daraus folgende, deutlich verringerte Asylzuwanderung vom Balkan wird vermutlich in diesem Jahr zu einer noch höheren Schutzquote beigetragen haben. Die höchste Schutzquote hatten 2015 Flüchtlinge aus Syrien (96 Prozent). Dahinter folgten Eritrea (92,1 Prozent) und der Irak (88,6 Prozent).

Eine zunehmend heterogene Gesellschaft

Zu den in Deutschland lebenden Menschen, die entweder ein Asylverfahren betreiben oder als Asylberechtigte anerkannt wurden, lassen sich mit Hilfe des Ausländerzentralregisters detaillierte Angaben machen. Zum Stichtag Ende 2015 waren dies 447.000 Personen. Ein Viertel von ihnen kam aus Syrien, ein Zehntel aus Afghanistan und etwa ein Zwölftel aus Albanien, 5,9 Prozent aus dem Irak und 4,4 Prozent aus Eritrea. Die restlichen 50 Prozent verteilen sich auf alle anderen Staaten. Allerdings ist das Asylgesetz nur eine Quelle der Zuwanderung nach Deutschland.

Insgesamt kamen im vergangenen Jahr fast zwei Millionen Menschen nach Deutschland. Hier sind neben der Asylummigration auch die EU-Binnenmigration, der Familiennachzug, die Fachkräftezuwanderung und andere Quellen enthalten. Im gleichen Zeitraum haben etwa 600.000 Menschen die Bundesrepublik verlassen, womit der Migrationssaldo bei 1,25 Millionen Menschen liegt. Seit dem Jahr 2003 überwiegen die Zuzüge die Fortzüge. Allein in den vergangenen zehn Jahren hat sich ein

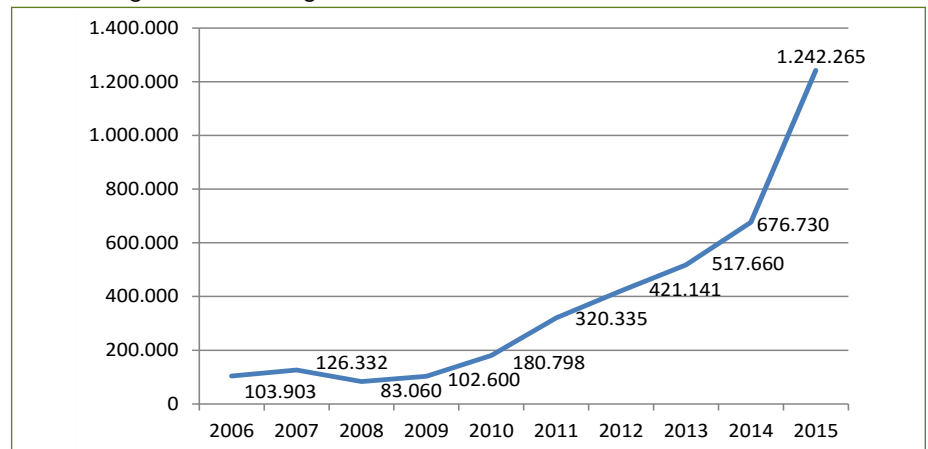
Migrationssaldo von 3,8 Millionen Menschen ergeben, die mehr in die Bundesrepublik eingewandert als ausgewandert sind.

Zu- und Fortzüge von Ausländern in den vergangenen zehn Jahren

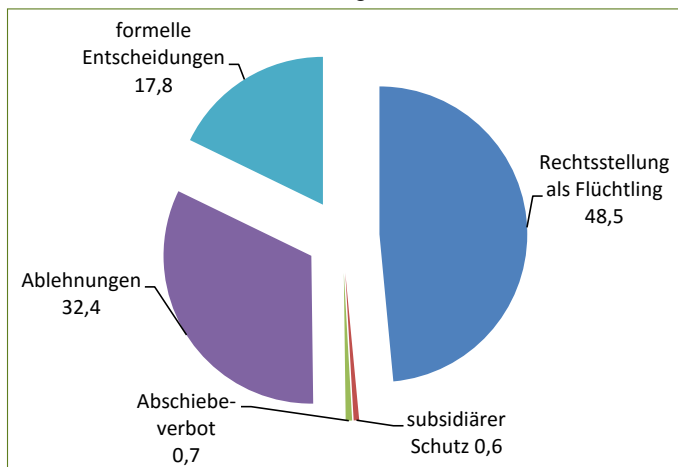
Jahr	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo
2006	361.562	257.659	+ 103.903
2007	393.885	267.553	+ 126.332
2008	394.596	311.536	+ 83.060
2009	396.983	294.383	+ 102.600
2010	475.840	295.042	+ 180.798
2011	622.506	302.171	+ 320.335
2012	738.735	317.594	+ 421.141
2013	884.493	366.833	+ 517.660
2014	1.149.045	472.315	+ 676.630
2015	1.810.904	568.639	+ 1.242.265

Syrien stellte 2015 die meisten Einwanderer. Neben den klassischen Herkunftstaaten der Asyleinwanderung finden sich in dieser Liste mit Rumänien, Polen, Bulgarien, Kroatien und

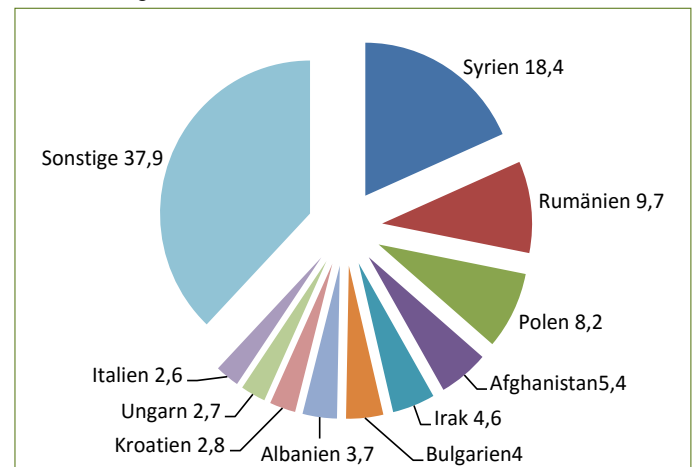
Entwicklung der Wanderungssalden zwischen 2006 und 2015



Quoten der einzelnen Entscheidungsarten im Jahr 2015 – in Prozent



Einwanderung nach Deutschland 2015 nach Herkunftstaaten – in Prozent



Ungarn auch einige östliche EU-Mitgliedsstaaten. Bei der Abwanderung dominieren rumänische und polnische Staatsangehörige vor Albanern, Bulgaren, Serben, Ungarn, Kosovaren und Italienern. Bei den meisten Hauptherkunftsländern konnte ein Anstieg des positiven Wanderungssaldos im Vergleich zu 2014 festgestellt werden.

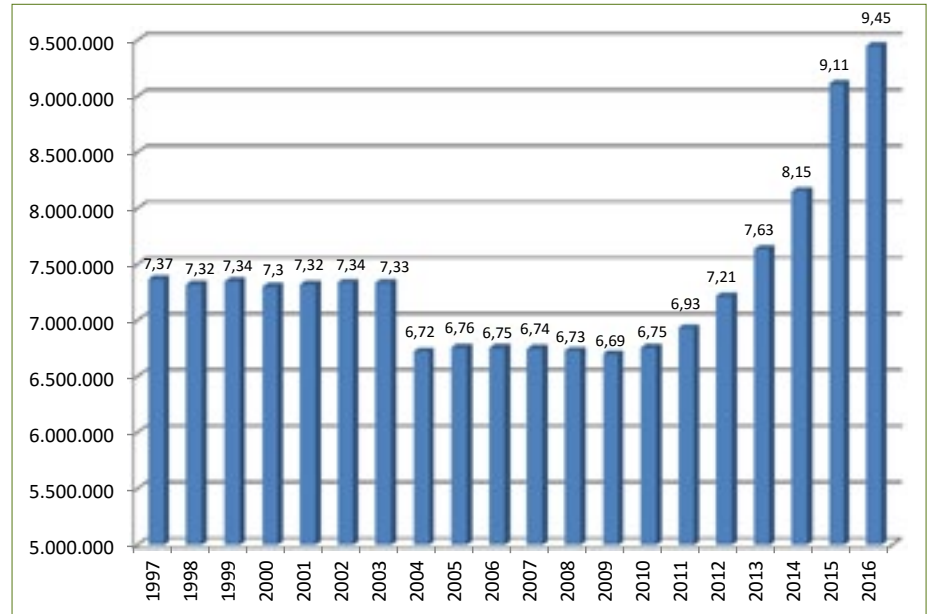
Unter den Unionsbürgern dominiert eindeutig der ost-, mitteleuropäische Raum. Die Bundesrepublik konnte mit allen EU-Mitgliedsstaaten einen positiven Wanderungssaldo erzielen.

Bei der qualifizierten Einwanderung dominieren die USA, Indien, Russland, Bosnien-Herzegowina, Serbien und China. Beim Familiennachzug sind es Syrien, die Türkei, die Westbalkanstaaten, Russland, Indien und die USA.

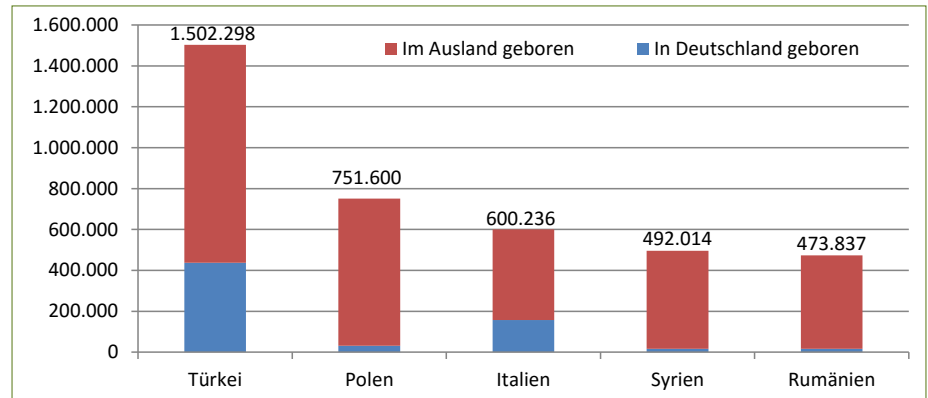
Fast alle Einwanderungsquellen konnten in den vergangenen Monaten teilweise recht deutliche Zugewinne erzielen. Damit hat sich auch die ausländische Bevölkerung in Deutschland signifikant erhöht. Von 6,7 Millionen im Jahr 2009 ist die Zahl der Ausländer bis zum März 2016 auf 9,5 Millionen gestiegen. Dies entspricht einem Anstieg von etwa 30 Prozent in nur sieben Jahren. Der Ausländeranteil deutschlandweit liegt damit derzeit bei etwa zwölf Prozent. Die Verteilung über die Bundesländer ist recht unterschiedlich. In Nordrhein-Westfalen hat etwa jeder Vierte keinen deutschen Pass. In Bayern und Baden-Württemberg ist es jeder Sechste. In den Neuen Bundesländern liegt der Ausländeranteil lediglich bei einem Prozent.

Bei den häufigsten Staatsangehörigkeiten von Ausländern in Deutschland dominiert deutlich die Türkei mit 16 Prozent der hier lebenden Ausländer. Dahinter folgen Polen mit acht Prozent, Italien mit 6,4 Prozent, Syrien mit 5,2 Prozent und Rumänien mit

In Deutschland lebende Ausländer zwischen 1997 und 2016



Die größten Ausländergruppen in Deutschland – 2015



fünf Prozent. 43,2 Prozent der 9,45 Millionen Ausländer besaßen eine Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union.

Von Falk Schäfer



www.bamf.de
www.destatis.de

Angemerkt

Wie hoch der Nutzen des Einzelnen für unsere Gesellschaft ist, das ist letztlich eine philosophische Frage, die sich angesichts der Datenlage weder materiell noch ideell eindeutig beantwortet lässt. Einerseits wird man in einigen Jahren an Indizien ablesen können, ob die Migrationswelle der vergangenen Monate und Jahre diesem Land eher genutzt oder geschadet hat. Andererseits werden auch diese Interpretationen auf subjektiven Wertungen fußen. Wer mag sich schließlich heute anmaßen, die Anwerbung von Gastarbeitern in den 1950er und 1960er Jahren als Fehler zu bezeichnen und welchen Wert hätte eine solch rückwärts-gewandte und hypothetische Geschichtsschreibung? In der Rückschau wird allerdings klar, dass die Ergebnisse noch deutlich besser hätten sein können, wenn Bildung und Integration aktiv gefördert und gefordert worden wären. Und auch heute gilt, dass jeder frühzeitig investierte Euro sich später amortisieren wird, dass eine gesunde soziale und ethnische

Mischung in den Dörfern und Kiezen vor Ort die besten Aussichten auf Erfolg bietet.

Sicher ist, dass Deutschland wirtschaftlich in der Lage ist, die aktuellen Aufwände zu stemmen. Schließlich geht die Steuerschätzung für dieses Jahr von weiter und noch stärker sprudelnden Einnahmen aus. Damit wird auch in bewegten Zeiten die Schwarze Null verteidigt werden. Bei der Beantwortung der Frage, ob wir das schaffen oder eher nicht, sind allerdings nicht nur pekuniäre Aspekte von Bedeutung, die Integrationsfähigkeit der Ankommenden und die grundsätzliche Offenheit der Mehrheitsbevölkerung spielen eine mindestens genauso gewichtige Rolle. In beiden Richtungen gibt es offenkundig Belastungsgrenzen.

Falk Schäfer

